

Deutschland: Weiter Diskussion über Stellung des Islam

Zu Beginn der Islamkonferenz in Berlin im Juni 2009 gingen die Diskussionen über die Stellung des Islam in Deutschland weiter. Zwar gebe es weiterhin keine juristisch-faktische Anerkennung, sagte der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, dem Berliner "Tagesspiegel", dennoch gebe es Fortschritte bei der öffentlichen Aufmerksamkeit: "Dass der Islam ein Teil Deutschlands ist, ist jetzt mehr als nur ein Wort."

Am 25. Juni kam die Deutsche Islamkonferenz zu ihrer vierten und letzten Plenumsitzung zusammen. Bei der 2006 von Bundesinnenminister Wolfgang Schäube einberufenen Konferenz geht es wesentlich um die Rechtsstellung des Islam in Deutschland. In einem Interview für die in Berlin erscheinende "tageszeitung" sprach sich Schäuble für eine "gewisse Gleichstellung des Islam" aus. Es gehe ihm um eine ähnliche Form der staatlichen Kooperation mit den Muslimen in Deutschland wie mit anderen Religionsgemeinschaften.

Nach Ansicht der katholischen Fachstelle für den Dialog mit den Muslimen fehlt dem Islam dafür jedoch noch die nötige Organisationsform. Auch der größte muslimische Dachverband in Deutschland, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen (Ditib) käme einstweilen dafür nicht in Frage, erklärte der Leiter des "Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationszentrums" (Cibedo), Peter Hünseler, im Kölner "domradio". Zwar stelle die moderate und positive Haltung der Ditib zum deutschen Staat

und dem Grundgesetz ein Plus dar. Aber es handle sich um einen Ableger der staatlichen Religionsbehörde in der Türkei. "Und ein staatliches Ministerium kann einfach keine Religionsgemeinschaft sein", so Hünseler.

Gleichstellung mit Kirchen wünschenswert

Auch der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, hatte sich im Grundsatz für eine rechtliche Gleichstellung der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland mit den Kirchen ausgesprochen. Grundsätzlich sei dies wünschenswert, erklärte er in der "tageszeitung". Dazu brauche es aber "noch eine Reihe notwendiger Klärungen für die islamischen Gemeinschaften, die sich auf diesen Weg begeben wollen".

Langendörfer nannte als einige der notwendigen Elemente einer Religionsgemeinschaft eine geordnete Mitgliedschaft, religiöse Auskunftsfähigkeit und die organisatorische Verbundenheit der Angehörigen der Gemeinschaft. Diesbezüglich werde von den muslimischen Gemeinschaften noch einiges verlangt. Auf jeden Fall sei der Status einer "Körperschaft des öffentlichen Rechts" kein Exklusivrecht der Kirchen.

Gegen eine Gleichstellung wandte sich hingegen in der "taz" der frühere bayerische Ministerpräsident und Innenminister Günther Beckstein, der auch Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist.

23.06.2009 (KAP)